

FREIBERUFLER-TICKER vom 6. November 2020

1. EWSA startet in die Mandatsperiode 2020 bis 2025

Am 27. Oktober 2020 traten die 329 neuen beziehungsweise wiederernannten Mitglieder des [Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses](#) (EWSA) erstmals in Brüssel zusammen. Über 40 Prozent der Mitglieder wurden das erste Mal in den EWSA gesandt. Darunter ist auch Martin Böhme, der seitens des BFB für die Freien Berufe aus Deutschland nominiert wurde (vgl. BFB-Information vom 15. September 2020). Die Konstituierung des neu zusammengesetzten EWSA war insbesondere durch verschiedene Wahlen geprägt. Für zweieinhalb Jahre wird die Österreicherin Christa Schweng dem EWSA als Präsidentin vorstehen. Die drei EWSA-Gruppen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und Vielfalt Europa stellen jeweils abwechselnd den Präsidenten. Die beiden vorherigen Präsidenten wurden aus den Reihen der Gruppe Arbeitnehmer und der Gruppe Vielfalt Europa gewählt. Präsident der Gruppe III Vielfalt Europa, zu der auch die Freien Berufe zählen, ist der Ire Séamus Boland. Martin Böhme wurde in die Binnenmarktbeobachtungsstelle gewählt. Dort soll das Funktionieren des Binnenmarkts analysiert, dessen Probleme und Hemmnisse benannt und Lösungsvorschläge erarbeitet werden. Darüber hinaus wird Martin Böhme die Interessen der Freien Berufe in den EWSA-Fachgruppen für Binnenmarkt, Produktion, Verbrauch (INT) sowie Außenbeziehungen (REX) vertreten.

2. EU-Kommission bemängelt weiterhin Verstöße gegen die BQRL

Die EU-Kommission hat Ende vergangener Woche entschieden, an Deutschland eine mit Gründen versehene Stellungnahme im Zusammenhang mit Verstößen gegen die aktuell geltende Berufsqualifikations-Richtlinie (BQRL) zu richten ([Richtlinie 2005/36/EG](#), geändert durch die [Richtlinie 2013/55/EU](#), sowie Artikel 45 und 49 [AEUV](#)). So hat die EU-Kommission Bedenken, ob regionale Vorschriften der einzelnen Bundesländer in Bezug auf den freien Dienstleistungsverkehr bei Ingenieurleistungen und die Anerkennung von Ingenieuren im Rahmen der Niederlassung mit der Richtlinie übereinstimmen. Sie kommt darüber hinaus zu dem Schluss, dass Bestimmungen der Richtlinie 2005/36/EG in sektorspezifischen Rechtsvorschriften, wie dem Ergotherapeutengesetz, dem Gesetz über den Beruf des Logopäden, dem Masseur- und Physiotherapeutengesetz sowie dem Gesetz über den Beruf des pharmazeutisch-technischen Assistenten nicht ordnungsgemäß umgesetzt wurden. Zudem wird ein Verstoß in der gegenwärtigen Ausgestaltung des Hamburgischen Architektengesetzes gesehen. Deutschland hat nun zwei Monate Zeit, um Stellung zu nehmen. Ergreift Deutschland binnen zwei Monaten aus Sicht der EU-Kommission keine angemessenen Maßnahmen, kann sie beim Gerichtshof der Europäischen Union Klage einreichen.

3. Herbstprojektion der Bundesregierung

In ihrer [Herbstprojektion](#), die Ende vergangener Woche vorgestellt wurde, geht die Bundesregierung für das laufende Jahr von einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts von preisbereinigt 5,5 Prozent aus. Für 2021 wird mit einem Wachstum von 4,4 Prozent gerechnet. Die Erwerbstätigkeit wird laut Bundesregierung 2020 um 400.000 Personen zurückgehen und 44,9 Millionen Personen betragen, 2021 soll sie leicht auf 45 Millionen Personen ansteigen. Des Weiteren dürfte sich die Arbeitslosenzahl dieses Jahr auf 2,7 Millionen Personen erhöhen und nächstes Jahr auf 2,6 Millionen Personen sinken. Die gesamtwirtschaftlichen Eckwerte der Interimsprojektion bilden die Grundlage für die gesonderte Steuerschätzung vom 10. bis 12. November 2020.

4. Pandemie-Insolvenzen

Zum Anteil der pandemiebedingten Insolvenzen an der Gesamtzahl der Unternehmensinsolvenzen seit Januar 2020 liegen der Bundesregierung nach eigenen Angaben keine Informationen vor. Dies ergibt sich aus ihrer Antwort ([19/23442](#)) auf eine Kleine Anfrage, über die der Deutsche Bundestag am 4. November 2020 berichtete. Die COVID-19-Pandemie habe zu einem signifikanten Einbruch der Wirtschaftsleistung geführt, wobei die Schwere der Auswirkungen der Pandemie auf das Wirtschaftsgeschehen erwarten lasse, dass mittelfristig auch die Zahl der Insolvenzen steigen werde. Um dem entgegenzuwirken, seien den Teilnehmenden des Wirtschaftsverkehrs umfassende Hilfsangebote zugänglich gemacht worden. Ein Auslaufen der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht müsse nicht zwangsläufig einen erheblichen Anstieg der Insolvenzzahlen nach sich ziehen. Planungen zur Verlängerung des COVID-19-Insolvenzaussetzungsgesetzes (COVInsAG) in der geltenden Fassung bestünden derzeit nicht, schreibt die Bundesregierung weiter. Geplant sei jedoch, mit dem Entwurf eines Gesetzes zur weiteren Fortentwicklung des Sanierungs- und Insolvenzrechts das COVInsAG zu ändern und neue, bis zum 31. Dezember 2021 befristete Erleichterungen für Unternehmen vorzusehen, die infolge der COVID-19-Pandemie in Schwierigkeiten geraten sind. Zudem habe das Bundeskabinett am 16. September 2020 den Entwurf eines Gesetzes zur Beschäftigungssicherung infolge der COVID-19-Pandemie (Beschäftigungssicherungsgesetz), den Entwurf einer Ersten Verordnung zur Änderung der Kurzarbeitergeldverordnung und den Entwurf einer Zweiten Verordnung über die Bezugsdauer für das Kurzarbeitergeld beschlossen.

5. Gebremste Wirtschaftsleistung

[Überschlagsrechnungen](#) des ifo Instituts vom Ende vergangener Woche zufolge dürfte der aktuelle Lockdown einen Ausfall der gesamtwirtschaftlichen Produktion von etwas mehr als zehn Milliarden Euro zur Folge haben.

6. Anteil an Kurzarbeitern nach Bundesland

Baden-Württemberg löst Bayern als das Bundesland mit dem größten Anteil an Kurzarbeitern ab. Demnach waren dort im Oktober etwa 13 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Kurzarbeit, in Bayern zwölf Prozent. Das geht aus Schätzungen des ifo Instituts hervor, die am 2. November 2020 [veröffentlicht](#) wurden. In Baden-Württemberg waren im Oktober geschätzt 620.000 Menschen in Kurzarbeit, in Bayern 710.000. Nordrhein-Westfalen folgte mit zehn Prozent (680.000). Bundesweit geht das ifo Institut von einem Anteil der Kurzarbeiter von zehn Prozent der sozialversicherungsrechtlich Beschäftigten aus, was 3,3 Millionen Menschen wären.

7. Entwicklung offener Stellen

Im dritten Quartal 2020 gab es bundesweit 934.000 offene Stellen auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Gegenüber dem Vorjahresniveau vom dritten Quartal 2019 sank die Zahl der offenen Stellen damit um 426.000. Das entspricht einem Rückgang von rund 31 Prozent. Gegenüber dem zweiten Quartal 2020 stieg die Zahl der offenen Stellen um 41.000, also knapp fünf Prozent, an. Das geht aus der IAB-Stellenerhebung hervor, einer regelmäßigen Betriebsbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), deren Ergebnisse am 3. November 2020 [veröffentlicht](#) wurden.

8. Grüne initiieren gemeinsamen Appell: Solo-Selbstständige in der Krise

Auf Initiative der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen im Deutschen Bundestag wurde am 4. November 2020 ein [Aufruf](#) veröffentlicht. Diesen zeichnen neben Katrin Göring-Eckardt MdB,

Fraktionsvorsitzende, Robert Habeck, Parteivorsitzender Bündnis 90/Die Grünen, und Claudia Müller, Mittelstandsbeauftragte der Fraktion, weitere Politiker, Verbände und Einzelpersonen mit. Kritisiert wird, dass beim Spitzentreffen der Bundeskanzlerin mit Wirtschaftsvertretern am selben Tag die Selbstständigen nicht eingeladen sind. Gefordert wird unter anderem, den Weg für einen Unternehmerlohn, wie ihn auch der BFB vertritt, frei zu machen, damit Betroffene bei den Kosten des Lebensunterhalts unterstützt werden.

9. Zweite Förderrichtlinie des Bundesprogramms „Ausbildungsplätze sichern“

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung Ende vergangener Woche [mitteilte](#), wurde die zweite Förderrichtlinie des Programms „Ausbildungsplätze sichern“ zur Förderung einer vorübergehenden Auftrags- und Verbundausbildung am 30. Oktober 2020 veröffentlicht. Ab Anfang November 2020 kann die Förderung von Auftrags- und Verbundausbildungen bei der Deutschen Rentenversicherung Knappschaft-Bahn-See [beantragt](#) werden. Mit einer Prämie von 4.000 Euro werden kleine und mittlere Unternehmen (KMU), überbetriebliche Berufsbildungsstätten oder andere etablierte Ausbildungsdienstleister gefördert, die Auszubildende temporär übernehmen, wenn das ursprünglich ausbildende KMU vollständig oder zu wesentlichen Teilen pandemiebedingt von Schließungen oder Einschränkungen betroffen ist. Für das Programm sind insgesamt 90 Millionen Euro vorgesehen. Der BFB ist hier auch im Rahmen der Allianz für Aus- und Weiterbildung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie engagiert.

10. IAB-Studie zur betrieblicher Ausbildung in der Corona-Krise

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) vom 5. November 2020 wirkt sich die Corona-Krise auch auf die betriebliche Ausbildung aus; die negativen Effekte sind laut IAB weniger gravierend als erwartet. Die Ergebnisse der IAB-Betriebsbefragung zeigen, dass beispielsweise zu Beginn der Krise die Prüfungen der Auszubildenden verschoben wurden, Ausbildungsinhalte nicht vermittelt werden konnten oder die Betreuung der Auszubildenden wegen Kurzarbeit zu kurz kam. Die starke Einschränkung der Ausbildung in einzelnen Branchen dürfte in jedem Fall problematische Folgen für Betriebe und Auszubildende in den besonders von den Einschränkungen betroffenen Branchen wie dem Gastgewerbe haben. Auch die Besetzung von Ausbildungsplätzen wurde durch die Krise erschwert und teilweise wurde das Angebot an Ausbildungsstellen zurückgefahren. Den IAB-Befragungsergebnissen zufolge hat rund ein Drittel aller ausbildungsberechtigten Betriebe geplant, für das jetzt begonnene Ausbildungsjahr Ausbildungsplätze zu besetzen. Die Hälfte dieser Betriebe teilte mit, dass die Covid-19-Krise keine Auswirkungen auf die Besetzung von Ausbildungsplätzen hätte. Des Weiteren scheinen die negativen Auswirkungen der Krise auf die Besetzung von Ausbildungsplätzen eher qualitativer als quantitativer Art zu sein. So war der Besetzungsprozess in etwa einem Drittel der Unternehmen nach eigenen Angaben aufgrund der Krise erschwert. Eine mögliche Erklärung wäre, dass Vorstellungsgespräche aufgrund der Kontaktbeschränkungen nicht wie gewohnt stattfinden konnten und Praktika oder Ausbildungsmessen abgesagt werden mussten. Obwohl die Unternehmen ihre Ausbildungsaktivitäten insgesamt bislang weniger stark heruntergefahren haben als befürchtet, ist noch unklar, wie sich die Krise auf die Ausbildungsqualität, die langfristige Fachkräftesicherung der Unternehmen in einzelnen Wirtschaftszweigen, aber auch auf die Arbeitsmarktchancen der ausbildungswilligen Jugendlichen auswirken wird.

11. IfM-Studie über Herausforderungen der Berufsausbildung in Kleinstbetrieben

Laut einer [Pressemitteilung](#) des Instituts für Mittelstandsforschung (IfM) Bonn vom 3. November 2020 sind Bewerbermangel sowie steigender Kosten- und Organisationsaufwand ursächlich für

die sinkende Auszubildendenzahl in Kleinstbetrieben. Während 2005 noch 383.000 Personen in Unternehmen mit maximal neun Beschäftigten ausgebildet wurden, betrug deren Anzahl im Dezember 2019 nur 246.000 Personen, ein Minus von fast 36 Prozent. In den Großbetrieben steigt hingegen seit 2014 die Zahl der Auszubildenden. Diese Entwicklung bedeutet allerdings keine sinkende Ausbildungsbereitschaft bei den Kleinstunternehmen, im Gegenteil, die Anzahl der Kleinstunternehmen, die ausbilden, ist in den letzten 15 Jahren gestiegen. Allerdings können Kleinstunternehmen ihre offenen Ausbildungsplätze oft nicht besetzen. Ein weiteres Problem ist, dass die Auszubildenden häufiger als in mittleren und großen Betrieben nach der Probezeit ihre Verträge kündigen – oder trotz Übernahmegarantie diese nach dem erfolgreichen Ausbildungsabschluss verlassen.

12. Bund-Länder-Vereinbarung zur Förderung von Administratoren unterzeichnet

Anja Karliczek MdB (CDU), Bundesministerin für Bildung und Forschung, unterzeichnete am 3. November 2020 eine [Bund-Länder-Vereinbarung](#) zur Förderung von Administratoren, die sich an den Schulen um die digitale Technik kümmern sollen. Zuvor hatten alle Bundesländer die Zusatzvereinbarung im Rahmen des DigitalPakts Schule unterschrieben. Projekte zur Entwicklung nachhaltiger technischer IT-Administration in den Schulen waren im DigitalPakt Schule von Anfang an förderfähig. Mit der neuen Zusatzvereinbarung werden die Länder dabei unterstützt, Administratoren vor Ort zu finanzieren, die in den Schulen die Technik warten und dort künftig schneller aktiv werden können. Mit dem DigitalPakt Schule investiert der Bund fünf Milliarden Euro in eine flächendeckende Infrastruktur für digitales Lernen. Vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie weitete der Bund seine Anstrengungen aus; um 500 Millionen Euro für ein Sofortausstattungsprogramm, damit Schulen Laptops an Schüler ausleihen können, die zu Hause über keine eigenen Endgeräte verfügen; um 500 Millionen Euro zur Förderung von Administratoren, die sich um die digitale Technik kümmern sollen, und um 500 Millionen Euro für die Ausstattung von Lehrern mit Laptops.

13. Zunahme älterer Erwerbspersonen

2030 wird es in Deutschland voraussichtlich mehr Erwerbspersonen im Alter von 65 bis 74 Jahren als im Alter unter 20 Jahren geben. Nach der Erwerbspersonenvorausberechnung 2020 werden zu Beginn des kommenden Jahrzehnts 1,5 bis 2,4 Millionen Erwerbspersonen 65 bis 74 Jahre und nur etwa 1,1 Millionen 15 bis 19 Jahre alt sein. Wie das Statistische Bundesamt am 2. November 2020 weiter [mitteilte](#), werden 2060 voraussichtlich 1,2 bis 2,2 Millionen Erwerbspersonen zur älteren und 1,0 bis 1,1 Millionen zur jüngeren Altersgruppe gehören. 2019 umfassten beide Gruppen jeweils 1,2 Millionen Erwerbspersonen.

14. Bundesprogramm Ländliche Entwicklung

Die Bundesregierung legt einen Evaluationsbericht über die einzelnen Förderbereiche des Bundesprogramms Ländliche Entwicklung (BULE) in einer Unterrichtung ([19/23675](#)) vor. Darüber berichtete der Deutsche Bundestag Ende vergangener Woche. Das BULE ist ein Beitrag des Bundes zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in ganz Deutschland. Der vorliegende Bericht stellt die verschiedenen Ansätze vor, mit denen die einzelnen Förderbereiche des BULE evaluiert und die gewonnenen Erkenntnisse für einen Wissenstransfer aufbereitet werden. Jedes am BULE beteiligte Ressort ist dabei selbst für die Evaluation seiner geförderten Maßnahmen zuständig, weshalb jedem Ressort ein eigenes Kapitel gewidmet ist. Bundesweit werden mehr als 1.700 Projekte gefördert – etwa zur Digitalisierung, zur Mobilität, zum kulturellen Leben, zum Ehrenamt oder zur Nahversorgung in ländlichen Räumen. Der Bericht enthält jedoch noch keine Evaluierungsergebnisse zu einzelnen Fördermaßnahmen. Das BULE ist mit fünf Jahren seit der Einführung relativ jung. Da viele Fördermaßnahmen noch mehrere Jahre

laufen, werden die Evaluationen erst in den nächsten Jahren abgeschlossen. So konzentriert sich der Bericht inhaltlich auf die Vorstellung der einzelnen Maßnahmen der Ressorts sowie die jeweilige Konzeption der fachlichen Auswertungen. Diese umfassen die Rahmenbedingungen, die Wirkungen, die Erkenntnisse sowie den Wissenstransfer.

15. Bericht zum Syndikusgesetz

Die Bundesregierung legte einen Bericht über die Auswirkungen der im Gesetz zur Neuordnung des Rechts der Syndikusanwälte erfolgten Änderungen auf die Zulassungspraxis der Rechtsanwaltskammern und der Patentanwaltskammer sowie auf die Befreiungspraxis in der gesetzlichen Rentenversicherung vor ([19/23821](#)). Darüber berichtete der Deutsche Bundestag am 2. November 2020. Das Gesamtkonzept der Verankerung von Regelungen im Berufsrecht und die Ausgestaltung als besondere Form der Ausübung des einheitlichen Berufs des Rechtsbeziehungsweise Patentanwalts haben sich insgesamt weitgehend bewährt. Die neu eingeführten besonderen Zulassungsanforderungen stellten sachgerechte und für die Antragsteller, die Kammerpraxis und die Deutsche Rentenversicherung Bund im Wesentlichen auch praktikable Anforderungen an die tätigkeitsbezogene Zulassung der Syndikusrechtsanwälte dar. Wo aufgrund unbestimmter Rechtsbegriffe Unklarheiten in der Anwendung bestanden hätten und bestünden, habe insbesondere die Rechtsprechung bereits wesentliche Klärungen und Konkretisierungen gebracht. Hinsichtlich der Befreiungspraxis in der gesetzlichen Rentenversicherung komme die Bundesregierung zu dem Ergebnis, dass das gesetzgeberische Ziel einer Aufrechterhaltung des früheren Status quo in noch zufriedenstellendem Maße erreicht worden sei. Gleichwohl erscheine es angebracht, die Entwicklung der Zahl der Befreiungen in den kommenden Jahren aufmerksam zu verfolgen.

16. Wirtschaft investiert 2020 gezielt in digitale Weiterbildung

Sieben von zehn (70 Prozent) Unternehmen investieren in diesem Jahr gezielt in die digitale Fort- und Weiterbildung ihres Personals. Das ist ein deutliches Plus gegenüber 2018, als es 57 Prozent waren. Bei den großen Unternehmen mit mehr als 500 Mitarbeitern sind es sogar 78 Prozent, aber auch kleine Unternehmen mit 20 bis 99 Mitarbeitern (69 Prozent) und mittlere Unternehmen mit 100 bis 499 Mitarbeitern (72 Prozent) sind zu einem großen Teil bei der Fort- und Weiterbildung ihrer Mitarbeiter engagiert. Das sind die Ergebnisse einer Befragung unter Unternehmen aller Branchen in Deutschland, die im Auftrag des Digitalverbands Bitkom durchgeführt und deren Ergebnisse Ende vergangener Woche [veröffentlicht](#) wurden.

17. Sterbefallzahlen

Im September 2020 sind nach vorläufigen Ergebnissen mindestens 73.010 Menschen in Deutschland gestorben. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) Ende vergangener Woche weiter [mitteilte](#), sind das fünf Prozent beziehungsweise 3.221 Fälle mehr als im Durchschnitt der Jahre 2016 bis 2019. Laut Destatis war die Erhöhung im September 2020 offenbar nicht durch COVID-19-Todesfälle bedingt.